

Farren, 17
Kinder 1.
40. Farren
belebt.

Kinder, 137
a ren 1. 44
inder 1. 44
Sch weine 1.
äßig belebt.

und junge
len. P-eife
rde 500 bis

en: Saug-
gen: Milch-
45 M. —
205—230
Luth-
Stüd

10.50, Sa-
2. Kern 13,
Gerste 9.96

raemönlch
Dies kam
n Ausdrud.
26 gültigen
in Seedorf
Quantum

en Örtren und
Schlittchen Öter

rec.

pe

nachmittags
Brücke" eine
nft
arbenlaubent-
sticht ein.
Zähler.
926, findet
au
fen
nseunde.
Mäuse!
ar „Acker-
E. Kistowski,
roger.e."

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen - Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50 % Zuschlag.

Für Plathvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist
Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigenannahme
8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefe-
rung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.

Sprechstunde Nr. 2.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Der Kampf um die Ministerseffel.

Die Verhandlungen bei Luther.

In Berlin, 15. Jan. Der gestrige Vormittags-Empfang der Führer der Mittelparteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten durch den Reichskanzler diente der Erörterung der sachlichen Grundlage der künftigen Regierung. Personfragen sind noch nicht angeschnitten worden. Sie kommen erst in Frage, wenn über die sachlichen Grundlagen des Regierungsprogramms einigermaßen Klarheit herrscht. Zu der Besprechung Luthers mit den Abgeordneten Fehrenbach und Koch wurde später noch der Abgeordnete Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei hinzugezogen. Gegen 2 Uhr war die Konferenz beendet. Zu verschiedenen Punkten ist bereits eine Klärung erfolgt. Die Verhandlungen der Parteiführer mit Dr. Luther werden am Nachmittag fortgesetzt.

Die Verhandlungen, die der Reichskanzler den ganzen Nachmittag mit den Parteiführern gehabt hat, wurden kurz nach 6 Uhr abends auf Freitag mittag 12 Uhr vertagt. Gegen 7 Uhr begab sich der Reichskanzler zur Berichterstattung zum Reichspräsidenten.

Die Lage stellt sich nunmehr folgendermaßen dar:

Die bisherigen Verhandlungen nahmen einen durchaus ruhigen und befriedigenden Verlauf und führten bisher dazu, daß noch den grundsätzlichen Fragen bereits über die personelle Seite der Kabinettsbildung gesprochen wurde. Gewisse Schwierigkeiten grundsätzlicher Art gingen anfangs vom Zentrum aus, dürften aber im wesentlichen behoben sein, denn es steht bereits fest, daß Dr. Marx das Justizministerium übernimmt. Die Demokraten wollen sich Herrn Geßler nicht als Porteuillier anrechnen lassen, beanspruchen vielmehr auch das Ministerium des Innern. Hierüber scheint besonders lebhaft verhandelt worden zu sein. Wegen dieses Postens hat auch das Zentrum gewisse Forderungen erhoben, die mit der Konfordsfrage zusammenhängen. Die Minister Geßler, Stresemann, Stügel und Brauns haben bereits zugesagt, daß sie auch dem neuen Kabinett angehören werden. Wegen des Ernährungsministeriums hat Dr. Luther Fühlung mit den landwirtschaftlichen Organisationen aufgenommen, um ihre Stimmung und Stellungnahme zu erfahren. Offen sind noch das Ministerium des Innern und der Finanzen, der Wirtschaft und des Verkehrs, während das Ministerium der besetzten Gebiete weiter dem Justizministerium untersteht. Auch die Frage der Zusammenlegung von Verkehr und Wirtschaft spielt eine Rolle. Die Verhandlungen mit Dr. Reinhold wegen des Finanzministeriums gehen noch weiter. Stimmungsmäßig wird die Situation von unterrichteter Seite dahin gekennzeichnet, daß natürlich noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden seien, daß aber die bestimmte Zuversicht besteht, daß sie im wesentlichen bereits im Laufe des heutigen Tages überwunden werden.

Die Wirtschaftspartei und das Kabinett Luther.

In Berlin, 15. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm gestern abend in einer Sitzung zur Regierungsbildung Stellung. Ihre Haltung zu der Betrauung

Luthers mit der Kabinettsbildung brachte sie in folgender Weise zum Ausdruck:

„Durchdrungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts Luther nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an die am Kabinett zu beteiligen und wird ihm gegenüber in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen. Die Fraktion behält also volle Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen.“

Aus dem Reichsrat.

In Berlin, 15. Jan. Der Reichsrat genehmigte in seiner gestrigen öffentlichen Vollsitzung den Gelehtentwurf, wonach auch die höher bezahlten Angestellten, deren Einkommen die Grenze für die obligatorische Krankenversicherung überschreitet, in die Erwerbslosenfürsorge aufgenommen werden sollen. Angenommen wurde ein Gelehtentwurf zur Ergänzung der Reichsversicherung. Danach wird als Artikel 40 neu eingefügt: Die Vorschriften der Artikel 36, 37, 38, Abs. 1 und 39 Abs. 1 gelten für den Präsidenten des Reichstags, seinen Stellvertreter und die ständigen und ersten stellvertretenden Mitglieder der in Artikel 35 bezeichneten Ausschüsse auch für die Zeit zwischen zwei Tagungen (Sitzungsperiode oder Wahlperiode des Reichstags). Der neue Artikel findet auch Anwendung auf den Landtag.

Aus dem besetzten Gebiet.

Räumungsschluß erst am 20. Februar.
In Berlin, 15. Jan. Wie der Berl. Lokalanzeiger aus Köln meldet, kann es nunmehr als feststehend betrachtet werden, daß die Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht vor dem 20. Februar beendet sein wird, wenn auch der größte Teil der englisch-französischen Besatzungstruppen schon vorher abrücken wird. Die Gründe liegen in Quartiermangel in der Wiesbaden-er Zone. Die Stadt Bonn wird von dem noch dort weilenden Rest der französischen Besatzung erst Mitte Februar geräumt werden. Die endgültige Räumung der ersten Zone wird durch Franzosen und Engländer gleichzeitig erfolgen.

Solingen geräumt.

In Berlin, 15. Jan. Die englischen Besatzungstruppen sind gestern morgen kurz nach 11 Uhr mit der Bahn über Ohligs nach Köln abtransportiert worden. Die Familienangehörigen folgten in einem späteren Zuge. Der Rest der Besatzung rückt gestern abend ab.

Reichspräsident und Rheinlandzieher.

In Berlin, 15. Jan. Der Herr Reichspräsident hat in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 8. ds. Mts. die Anregung gegeben, im Hinblick auf die Hochwasser-schäden im Rheingebiet die aus Anlaß der Befreiung der ersten Rheinlandzone geplanten Feiern so zu gestalten, daß besondere Kosten für Reich, Staat oder Gemeinde nicht entstehen. Die hierdurch erparten Summen möchten für die Hochwassergeschädigten verwendet werden. Der Herr Reichspräsident hat in diesem Schreiben nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß er für seine Person bei seinem beabsichtigten Besuch im Rheinland nur an solchen Festlichkeiten teilnehmen werde, die nicht mit besonderen Aufwendungen verknüpft sind.

Frankreichs Finanz-Sorgen.

Vollständige Niederlage Doumers.

Die Finanzkommission lehnt weiter ab.

In Paris, 15. Jan. Die Finanzkommission der Kammer hat gestern nachmittag mit 21 gegen 5 Stimmen bei 13 Enthaltungen die Regierungsvorlage über die Verkaufsteuer verworfen. Das Finanzprogramm der Regierung, das auf dieser Steuer aufgebaut war, bricht damit völlig zusammen. Die Kommission hat ferner einstimmig einen Antrag Leon Blums angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, eine neue Vorlage über die direkten Steuern auszuarbeiten. Ein weiterer Vorschlag Leon Blums, der sämtliche indirekten Steuern ablehnt, gelangte mit 18 gegen 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen zur Annahme. Briand ersuchte darauf, von der Kommission sofort gehört zu werden.

Es verlautet, daß die Regierung entschlossen sei, sich über die Entschlüsse der Finanzkommission hinweg direkt an die Kammer zu wenden und ihr Verbleiben im Amt von der Entscheidung des Parlaments abhängig machen wird. Man nimmt an, daß Briand darauf bestehen wird, daß die Kommission so schnell wie möglich die Beratung der Finanzvorlage beendet, sodas in der nächsten Woche bereits die Kammerdebatte beginnen kann. Die Kommission wird wahrscheinlich der Kammer nach Ablehnung der Regierungsvorlage die Finanzentwürfe der Kartellparteien unterbreiten. In diesem Falle wird Briand die Regierungsvorlage in Form eines Gegenentwurfes durch ein Mitglied der Linksrabikalen einbringen und gleichzeitig die Vertrauensfrage stellen. Wird der Entwurf der Finanzkommission abgelehnt und der der Regierung angenommen, so tritt die gesamte Finanzkommission zurück.

Doumers Kampf um das Finanzprojekt.

In Paris, 15. Jan. Doumer erschien gestern abend vor der Finanzkommission der Kammer und drängte sie auf den Beschluß ihres Kammerberichtes. Mit 18 Stimmen gegen zwei Stimmenthaltungen beschloß die Finanzkommission der Kammer einen Bericht zu unterbreiten, in dem ihr die Wahl zwischen

dem Regierungsentwurf und dem Entwurf der Finanzkommission gegeben wird.

Die Eröffnung der franz. Kammer.

Herriots Eröffnungsrede.

In Paris, 15. Jan. Herriot hielt gestern die Eröffnungsrede in der Kammer, in der er darauf hinwies, daß seit dem Zusammentritt des ersten Parlaments der 3. Republik 50 Jahre verflossen seien. Weiter erinnerte er an die Errungenschaften der dritten Republik und erwähnte als ein besonders großes Verdienst der Legislaturperiode die Abmachungen von Locarno. Ferner gab er seiner Hoffnung auf die Wiederaufrichtung der Finanzen Ausdruck. Darauf verhandelte man über die Interpellationen, darunter eine, die sich mit der Politik der Regierung in Elßaß-Lothringen beschäftigte. Es wurde vorgeschlagen, die Aussprache über diese Interpellation auf Freitag, den 29. Januar, festzusetzen. Briand erklärte, daß jeden Freitag Interpellationen zur Sprache kommen sollen.

Am die deutsch-franz. Annäherung.

Einweihung des Instituts für geistige Zusammenarbeit.

In Paris, 15. Jan. Heute wird das Institut für internationale geistige Zusammenarbeit unter Beteiligung der Regierung eingeweiht. Auch das diplomatische Korps hat Einladungen erhalten. An der Feier werden auch der Vorkämpfer von Höfch, Professor Einstein und andere deutsche Gelehrte teilnehmen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Paris.

In Paris, 15. Jan. Eine deutsche Frau, Elisabeth Hotten, Herausgeberin der Zeitschrift „Neue Erziehung“, sollte einer Einladung der französischen Gesellschaft für Pädagogik zufolge

Tages-Spiegel.

Dr. Luther hat während des gestrigen Tages Verhandlungen mit den Führern der Koalitionsparteien geführt und in den grundsätzlichen Fragen der Regierungsbildung ein Einverständnis erzielt.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Personalfrage im Lauf des heutigen Tages gelöst werden dürfte.

Der Reichstag beendigte gestern in einer zweistündigen Sitzung die erste Sitzung des Reichsnappschäftsgerichtes.

Die Deutsche Handelsdelegation unter Führung von Ministerialdirektor Polle ist gestern in Paris eingetroffen.

Die Finanzkommission der französischen Kammer hat die von Doumer vorgeschlagene Erhöhung der Umsatzsteuer abgelehnt.

Der belgische Kriegs-Minister ist zurückgetreten. Es scheint, daß man mit einer großen Kabinettsumbildung rechnen muß, da auch der Innenminister auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Ueber 6 rumänische Bezirke wurde der Ausnahmezustand verhängt, da sich in ihnen eine starke Agitation für die Zurückberufung des früheren Kronprinzen Carol bemerkbar machte.

Die britische Delegation für die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird von Lord Cecil, der von mehreren Experten begleitet sein wird, geführt werden.

Von den Vertretern der englischen Regierung und der Französischen Regierung wurde ein Vertrag abgeschlossen, der eine Fortsetzung des gegenwärtigen Regimes vorsieht.

Aus Peking wird gemeldet, daß General Vitschinglin den Botenmarsch auf Tientsin angetreten hat. Es soll schon ein erbitterter Kampf stattgefunden haben.

Gestern nachmittag einen Vortrag über die deutsch-französische Annäherung halten. Im letzten Augenblick wurde bekannt, daß die Versammlung geplatzt und Frau Hotten am Sprechenden verhindert werden sollte. Der Präsident der pädagogischen Vereinigung veranlaßte darauf, daß der Vortrag in einem anderen Gebäude stattfinden sollte, was nur einem engen Kreis der Eingeladenen mitgeteilt wurde. Trotz des äußerst umfangreichen Sicherheitsdienstes kam es zu lebhaften Zwischenfällen. Kaum war die Versammlung eröffnet, als der Ruf „Hoch heraus“ und ähnliche Schimpfworte ertönten. Der Tumult dauerte eine halbe Stunde. Die Polizei konnte erst nach langen Bemühungen die Ruhe wieder herstellen.

Nach der Hochwasserkatastrophe.

Die Hilfe für die Ueberschwemmten in Breuchen.

In Berlin, 15. Jan. Der Hauptausschuß des preussischen Landtags beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einer großen Reihe von Anträgen zur Abhilfe der durch die Hochwasserkatastrophe entstandenen Schäden. Gegeben sind bereits worden für die Rheinprovinz 1.6 Millionen Mark, 100 000 Mk. vom Reichspräsidenten, 2 Millionen Mark sind noch bereitgestellt. Für Hessen-Nassau wurden insgesamt gegeben 225 000 Mark, für Westfalen 30 000 Mark, für Sachsen und das Harzgebiet 50 000 Mark, ebenso aus dem Fond des Reichspräsidenten größere Mittel. In der Aussprache betonte der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, daß eine Rhein-Katastrophe nur durch Erhöhung der Deiche verhindert werden könne, die auch in diesem Jahr gehalten hätten. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach tunlichst bald der Umfang des Schadens im Einzelnen festgestellt und dem Landtag eine Vorlage zur Entschädigung der Geschädigten vorgelegt werden soll. Für die vorläufige Behebung sollen weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bei Feststellung der Schäden sollen Ausschüsse aus allen Bevölkerungsschichten und Parteien mitwirken.

Eis im holländischen Hochwassergebiet.

In Amsterdam, 15. Jan. Der starke Frost bedeutet einen schweren Schlag für die von der Ueberschwemmung heimgeführte Bevölkerung. Das Gebiet zwischen Maas und Baal ist eine unübersehbare Eisfläche, die noch nicht stark genug ist, um einen Verkehr zu gestatten. Die Zufuhr von Lebensmitteln durch Boote nach den überschwemmten Gebieten ist aber unmöglich geworden. Die Bewohner, die ihre Häuser nicht verlassen können, leben auf ungeheizten Dachböden und leiden sehr unter der Kälte. Jetzt droht auch noch Lebensmittelmangel. Aus Nordholland wird starkes Eistreiben gemeldet, das die Brücken bedroht. Pioniertruppen haben im ganzen Land bei größter Kälte gearbeitet, um das unter den Brücken eingefrorene Eis abzuschwemmen. Heute sind neue Truppen eingetroffen, die das Eis sprengen sollen.

Ämtliche Bekanntmachungen Landwirtschaftskammer-Wahl.

Aufforderung der Wahlberechtigten zur Anmeldung für die Eintragung in die Wählerlisten.

(§ 8 Abs. 2 der Wahlordnung.)

Am Sonntag, den 14. Februar 1926, findet die Wahl von 60 Mitgliedern der Landwirtschaftskammer statt. Davon sind

48 durch die Landwirte einschließlich Forstwirte und selbständige Gärtner,
12 durch die landwirtschaftlichen Arbeiter einschließlich forstwirtschaftliche u. Gärtnerei-Arbeiter im Weg der Verh. Wahl zu wählen und zwar im Wahlbezirk I mit den Oberamtsbezirken Alen, Besigheim, Bradenheim, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Hall, Heilbronn, Künzelsau, Mergentheim, Neckarjulm, Neeresheim, Öhringen, Weinsberg und Weßheim:

13 Landwirte und 3 Arbeiter;

Wahlbezirk II mit den Oberamtsbezirken Badnang, Böblingen, Ehlingen, Göppingen, Kirchheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Nürtingen, Schoenborn, Stuttgart Amt, Waiblingen, Waiblingen und der Stadt Stuttgart:

11 Landwirte und 3 Arbeiter;

Wahlbezirk III mit den Oberamtsbezirken Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach:

12 Landwirte und 3 Arbeiter;

Wahlbezirk IV mit den Oberamtsbezirken Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Geislingen, Heidenheim, Laupheim, Leutkirch,

Kabensburg, Kiedlingen, Saulgau, Tettnang, Ulm, Walbsee und Wangen:

12 Landwirte und 3 Arbeiter.

Die Wahlberechtigten werden hiemit aufgefordert, sich bis zum 23. Januar 1926 für die Eintragung in die Wählerlisten beim (Stadt-)Schultheißenamt ihres Wohnorts anzumelden.

Nach Art. 5 und 8 des Landwirtschaftskammergesetzes sind ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt zur Teilnahme an der Wahl

a) der Landwirte, Forstwirte und selbständigen Gärtner:

1. Eigentümer, Pächter und Bäcker landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzter, in Württemberg gelegener Grundstücke, die auf diesen Grundstücken die Landwirtschaft oder Forstwirtschaft oder Gärtnerei im Hauptberuf ausüben.

2. Eigentümer, Pächter und Bäcker, die auf solchen Grundstücken die Landwirtschaft usw. im Nebenberuf ausüben, wenn das Grundstückerkapital der Grundstücke mindestens 300 M beträgt und die bewirtschaftete Fläche 4 Hektar übersteigt.

3. Betriebsleiter, (Verwalter), die auf solchen Grundstücken die Landwirtschaft usw. im Hauptberuf ausüben, wenn das Grundstückerkapital der bewirtschafteten Grundstücke zusammen mindestens 3000 M beträgt.

4. Personen, welche die Voraussetzungen der Nr. 1 und 3 mindestens fünfzehn Jahre lang erfüllt haben, sofern sie einen anderen Beruf als Hauptberuf nicht ergriffen und an dem Ort, in dem sie die Landwirtschaft ausüben, den Wohnsitz haben.

Die in Nr. 1-4 Bezeichneten sind nach Art. 6 des Gesetzes zur Ausübung des Wahlrechts befähigt, wenn sie am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben und im übrigen im Sinne des bürgerlichen Rechts voll geschäftsfähig sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte stehen.

Für Personen, die geisteskrank sind, infolge Entmündigung unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen, sowie für juristische Personen wählen ihre gesetzlichen Vertreter oder besondere Bevollmächtigte. Die Anmeldung der bezeichneten Personen zur Eintragung in die Wählerliste ist Sache der gesetzlichen Vertreter oder der von ihnen aufgestellten Bevollmächtigten. Die Aufnahme der nach Nr. 1 und 2 wahlberechtigten juristischen Personen, sowie der in Nr. 4 bezeichneten Personen in die Wählerliste erfolgt auf Anmeldung und nicht auch von Amts wegen. In den Anmeldungen der juristischen Personen sind ihre mit der Stimmabgabe beauftragten gesetzlichen Vertreter oder besonderen Bevollmächtigten zu benennen.

b) der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen u. Gärtnerei-Arbeiter:

Deutsche, die am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, im übrigen voll geschäftsfähig sind, im Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und innerhalb Württembergs gegen Lohn in einer landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Beschäftigung stehen. Freier Unterhalt gilt nicht als Lohn. Es können deshalb Familienangehörige der landwirtschaftlichen usw. Betriebsinhaber und anderer unselbständig in der Landwirtschaft usw. beschäftigte Personen, denen als Entgelt für die Beschäftigung freier Unterhalt gewährt wird, nur in die Wählerliste aufgenommen werden, wenn sie neben dem freien Unterhalt einen bestimmten Lohn auf Grund eines vertragsmäßigen Anspruchs oder sonstiger Vereinbarung beziehen und hiernach der reichsgesetzlichen Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungspflicht unterliegen.

Die zur Eintragung in den Wählerlisten sich anmeldenden Personen und ihre Vertreter haben sich auf Verlangen über ihre Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts auszuweisen.

Calw, den 14. Januar 1926. Oberamt: R i p p m a n n.

Kleine politische Nachrichten.

Annahme des Schiedspruches durch die Eisenbahnerorganisationen. Die Gesellschaften der Eisenbahner nahmen zu dem Schiedspruch Stellung, durch den den Eisenbahnarbeitern eine Lohnerhöhung von 1-2 % gewährt wird. Die Organisationen beschloßen, den Schiedspruch anzunehmen, wenn auch das Ergebnis nicht voll den Gesamtwünschen entspreche.

Fortschreitende Räumung Kölns. Das britische Militärpostamt in Köln wird am 21. Januar aufgelöst werden und am 22. Januar in Wiesbaden wieder in Betrieb treten. Auch die in Köln halbwochentlich erscheinende englische Zeitung "The Cologne Post" scheidet in der nächsten Woche nach Wiesbaden über. Sie wird dort als Wiesbadener Times künftig einmal wöchentlich erscheinen.

Einsetzung der französischen Militärkontrollkommission in Frankfurt. Wie in anderen Städten, so hat die französische Militärkontrollkommission auch in Frankfurt ihre Tätigkeit eingestellt und ist von hier abgereist.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Die Berliner Regierung hat in offizieller Form in Prag den Wunsch geäußert, die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei in der zweiten Februarhälfte mit Rücksicht auf die gleichzeitigen wirtschaftlichen Verhandlungen mit anderen Staaten in Berlin aufzunehmen.

Hilfe für die Deutschen in Südtirol. Ein vorbereitender Ausschuß, der sich in München gebildet hat, erklärt einen Aufruf zur Hilfe für Südtiroler, indem eingehend die Gesamtsituation der Italiener in Südtirol zur Unterordnung des Deutschen geschickt und zur Tat für unsere, in einem Verweigerungsdampf stehenden Brüder, aufgefordert wird.

Vor der Bildung des neuen österreichischen Kabinetts. Bundeskanzler Dr. Kamek wurde durch einstimmigen Beschluß der christlich-sozialen Partei beauftragt, die Bildung der neuen Regierung vorzubereiten und mit der Großdeutschen Volkspartei über die Zusammensetzung des Kabinetts Fühlung zu nehmen. Die Demission erfolgt in der Donnerstagtagung des Nationalrats. Die Stelle des ausscheidenden Außenministers Dr. Mataja wird nicht mehr besetzt. Die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernimmt Bundeskanzler Dr. Kamek.

Vor dem Rücktritt des belgischen Kriegsministers. Nach einer Tempormeldung hat sich der belgische Kriegsminister geneigt, dem Kabinettsrat, der die Einführung der herabgesetzten provisorischen Militärdienstzeit für die Jahresklasse 1925 beschloß, beizutreten. Der Ministerpräsident hatte nach dem Kabinettsrat eine mehrstündige Unterredung mit dem Kriegsminister, die jedoch ergebnislos verlief. Man erwartet daher den Rücktritt des Kriegsministers für die nächsten 24 Stunden.

Der Zusammenschluß der englischen Arbeiterbewegung. Ein Führer der Bergarbeitervereinigung erklärte, der Vorschlag zur Herabsetzung der Löhne der Eisenbahner habe die Wirkung gehabt, daß sich auch die Eisenbahner dem Industriebündnis der Arbeiter anschließen werden, von dem sie sich bisher fern gehalten hätten. Auch die Kohlengrubenbesitzer hätten das ihrige getan, um die Eisenbahner und Bergarbeiter zusammenzubringen.

Französische Schadenersatzklage gegen Windischgrätz. Der Präsident der ungarischen Staatsanwaltschaft empfing die Journalisten und erklärte ihnen, der Bevollmächtigte der Bank de France habe ihm angekündigt, die Bank beabsichtige im Zusammenhang mit der Fällungsaffäre Forderungen privatrechtlicher Natur an den Prinzen Windischgrätz zu stellen.

Fritz Windischgrätz im Spital. Wie aus Wien gemeldet wird, haben die Verteidiger des Prinzen Windischgrätz dargelegt, daß der Prinz von drei Ärzten untersucht wurde, die seine Ueberführung in das Inquisitionsspital veranlaßten. Die Gerichtsverhandlungen gegen die Geldfälscher dürften in etwa 6 Wochen stattfinden.

Die italienisch-englischen Schuldenverhandlungen. Wie die Westminster Gazette zu den bevorstehenden italienisch-englischen Schuldenverhandlungen berichtet, wurden sich die Italiener zu einer Jahreszahlung von 8 Millionen Pfund Sterling bereit finden. Sie haben aber darauf hingewiesen, daß Italien von England noch bessere Bedingungen als von den Vereinigten Staaten erwartet.

Strenge Zensur in Rumänien. Die Regierung hat in einem Erlaß alle Zensurmaßnahmen wesentlich verschärft, so daß alle Zeitungen des Landes sehr strenger Zensur unterliegen.

Die Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen.

Paris, 14. Jan. Die Wille und nahesteheende "Victoire" veröffentlicht die Zuschrift eines Elsäßers, die eingehende Mitteilungen über den Mißmut, der in Elsaß-Lothringen herrscht, enthält. Man sei der Ungerechtigkeiten, die den Elsäßern angetan werden, müde geworden. Die Eltern verkünden nicht mehr, was ihre Kinder sprechen. Unter der deutschen Herrschaft habe man eine gewisse Autonomie gehabt, aber unter der französischen sei dies unmöglich. Die äußerste Linke und die äußerste Rechte forderten diese Autonomie und der Gedanke daran breite sich in immer weiteren Kreisen aus. Wenn man eine Volksabstimmung veranstalten wollte, würde zweifellos die Mehrheit sich für die Autonomie aussprechen. Aber wirtschaftlich könne Elsaß-Lothringen nicht unabhängig sein. Die Autonomie wäre nur möglich, wenn die beiden Länder wiederum den sich würden. Daraus ergebe sich, daß die Autonomisten und die Anhänger Deutschlands sich zusammenschließen. Eine Lösung dieses Übels könnte nur gefunden werden, wenn man mit den Verwaltungsschikanen aufhören wollte. Die Elsäßer wären bereit, die finanzielle Not Frankreichs zu teilen, aber sie hätten genug von den bisherigen Quälereien.

Frankenführung durch Rückgabe der Saargruben.

Lu Paris, 14. Jan. Der elsaßische Abgeordnete Uhrig schlägt in der Grande Nouvelle vor, zugunsten der Frankensanierung die Saargruben schon jetzt wieder an Deutschland zu verkaufen. Die Locarnoverträge, schreibt er, haben zwischen uns und Deutschland bessere Beziehungen geschaffen. Davon kann Briand Nutzen ziehen und mit Deutschland sofort über den Verkauf der Saargruben Verhandlungen beginnen. Er kann 2 Millionen Goldmark oder 18 Milliarden Papierfranken dafür erhalten. Bei diesem Geschäft kann Deutschland der Unterhaltung des internationalen Kapitals sicher sein und für Frankreich wäre das gesundes Geld.

Der Wirtschaftsverkehr mit der Türkei.

Unterschiedliche Behandlung deutscher Waren durch die Türkei. Lu Berlin, 14. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: Auf Grund eines Beschlusses des türkischen Ministeriales hat das türkische Finanzministerium an die Generalzolldirektion eine Anweisung erlassen, die sich auf die Zollbehandlung von Waren aus Ländern bezieht, die noch in keinem Handelsvertragsverhältnis zur Türkei stehen. Deutschland hat mit der Türkei am 13. Dezember v. J. ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen, das 7 Tage nach der Ratifizierung der Ratifikation durch die deutsche Regierung in Kraft treten wird. Dieses Abkommen gewährt Deutschland die Meistbegünstigung. Bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens wird der im Juli v. J. vereinbarte Modus vivendi, wonach Deutschland Anspruch auf die Lausanner Tariffätze besitzt, gelten. Trotzdem erhebt die türkische Generalzolldirektion ab 4. Januar in mißverständlicher Auslegung des erwähnten Ministerialbeschlusses auch von deutschen Waren im Widerspruch zu dem Modus vivendi als Depot fahes. Die deutsche Botschaft in Konstantinopel hat wegen Nichtbeachtung des Modus vivendi sofort Vorstellungen erhoben. Die deutsche Regierung erwartet, daß die unterschiedliche Behandlung deutscher Waren sofort aufhört und die von deutschen Waren im Widerspruch zu dem Modus vivendi als Depot erhobenen Unterschiedsbeträge alsbald zurückerstattet werden.

Rußland und Locarnopakt.

Katowski über Locarno. Lu Berlin, 14. Jan. Die Morgenblätter melden aus Moskau: In einem öffentlichen Vortrage in Petersburg erklärte Katowski, der Standpunkt der Sowjetregierung gegenüber den Ergebnissen der Konferenz von Locarno und deren Auswirkungen gegenüber Sowjetrußland bleibt unverändert. Den Versicherungen Chamberlains, die Locarnokonferenz sei nicht gegen die Sowjet-Union gerichtet, ständen die Erklärungen anderer englischer Minister gegenüber. Katowski erklärte so-

dann, daß die Sowjet-Union auf ihre Propaganda nicht verzichten könne. Die Sowjet-Union sei eine Großmacht, die ihre eigenen Interessen habe und keine gegen England gerichtete, sondern eine ihren Interessen entsprechende Politik verfolge. Für eine Interessenskonflikte bestehe der diplomatische Schlichtungsweg. Das Jahr 1926 beginne mit einer für die Sowjet-Union günstigen internationalen Lage. Locarno habe zwar einen Haß gegen die Sowjet-Union geschaffen, aber auch eine breite Bewegung der europäischen öffentlichen Meinung gegen die Verjagung, die Sowjet-Union zu isolieren, bewirkt.

Große jugoslawische Rüftungsausgaben.

Lu Belgrad, 14. Jan. Im Finanzauschuß des Parlamentes kam es bei der Debatte des Etats zu heftigen Kundgebungen gegen die Regierung, da der Finanzminister erklärte, daß die Hälfte der gesamten Staatsausgaben auf das Kriegs- und das Finanzministerium entfielen. Die Opposition wandte sich scharf gegen die gewaltigen Ausgaben für Kriegszwecke. Verschiedene Redner riefen: "Wo bleibt der Geist von Locarno?" Ein Regierungsvertreter gab darauf die Erklärung ab, daß das Land stets auf einen Krieg vorbereitet und gut bewaffnet sein müsse.

Die Lage in Syrien.

Wahlmühen in Syrien. Lu London, 14. Jan. Wie die Times aus Beirut berichtet, ist die für die Amnestie festgesetzte Frist des 8. Januar abgelaufen, ohne daß die Führer klein beigegeben haben. Die Neuwahlen für das syrische Parlament sind dagegen vom Aufbruch in Aleppo und Wahlboykott in Homs und Haman begleitet gewesen. Der Grund zu den Schwierigkeiten liegt in der französischen Politik. Frankreich besteht auf der Unterwerfung der Syrier, denen man verspricht, sie nach erfolgter Unterwerfung sehr zudorkommend behandeln zu wollen. Die Syrier misstrauen diesen Zusicherungen und erklären, sie seien keine Aufständischen, sondern bestenfalls Revolutionäre, die von nationalen Beweggründen geleitet seien.

Aus aller Welt.

100 000 Mark bei der Reichswehr unterschlagen. Bei der Heeresrechnungs- und Wirtschaftsstelle in Lankwitz wurde eine riesige Unterschlagung festgestellt. Einem ungetreuen Beamten ist es gelungen, über 100 000 Mark dienstliche Gelder zu veruntreuen. Der Täter, der Obersekretär Wilhelm Köthing, wurde verhaftet.

Grubenunglück bei Dortmund. Wie das Oberbergamt Dortmund mitteilt, sind auf der Zeche "Bereinigte Trappe" in Silschede durch eine Explosion unter Tage zwei Bergleute getötet und zum Teil schwer verletzt worden.

Eine graufige Bluttat. Als sich in dem Orte Roskowo, Kreis Resen, ein Streifenwächter zum Nachdienst begeben hatte, drangen maskierte Räuber in seine Wohnung ein und verlangten von der Frau Geld. Als die Frau beteuerte, nur 45 Zloty zu haben, stachen sie die Unglückliche, Mutter von acht Kindern, nieder und ermordeten dann drei ihrer Kinder auf bestialische Weise. Die Bande ist unerkannt entflohen.

Grubenunglück in Japan. Aus Nagasaki wird gemeldet, daß in dem Bergwerk von Kyushu eine Explosion stattgefunden hat, durch die mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Nach der Löschung des Brandes begaben sich 20 Grubenarbeiter und 10 Ingenieure in das Bergwerk. Sie wurden durch neue Explosionen getötet.

Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko. Aus Mexiko wird gemeldet, daß durch die Ueberschwemmung in der Gegend der Sierra de Navarri über 20 Dörfer vollständig zerstört worden sind. Die Zahl der Toten wird auf 700 geschätzt. Acht mexikanische Eisenbahnbanditen gefaßt und erschossen. Wie aus Mexiko gemeldet wird, haben die mexikanischen Bundesbestuppen, die den Eisenbahnbanditen auf den Ferien waren, diese in einem längeren Feuergefecht zerstreut. 8 Banditen wurden nach ihrer Gefangennahme sofort erschossen. Die ganze Beute von 300 000 Pesos ist gerettet worden.

Amtsgericht Calw.

Der Bauer Jakob Kober in Stammheim, dessen Entmündigung wegen Trunksucht und Verschwendung beantragt ist, wurde am 13. Januar 1926 unter vorläufige Vormundschaft gestellt.

Weilderstadt.

Der auf kommenden Montag, den 18. Januar fallende



Bieh-, Pferde- und Schweinemarkt
wird abgehalten.
Tiere aus Sperr- und Beobachtungsgebieten sowie aus Ställen, die in den letzten 6 Wochen vordrückt waren dürfen jedoch dem Markt nicht zugeführt werden, auch dürfen Personen aus verzeuhten Orten den Markt nicht betreten. Sämtliches Vieh muß beim Zutrieb auf den Markt amtstierärztlich untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktes darf kein Handel mit Vieh stattfinden. Für alle dem Markt zugeführten Tiere sind Ursprungszeugnisse neuesten Datums beizubringen, die den Vermerk enthalten müssen, daß am Standort in den letzten 6 Wochen die Seuche nicht herrschte und daß der Standort weder im Sperr- noch im Beobachtungsgebiet liegt. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse mit sich zu führen.

Marktbeginn für Schweine 8 Uhr, für Großvieh 9 Uhr.
Zum Besuch des Marktes wird eingeladen.
Stadtschultheißenamt: Schüg.

**Sommenhardt.
Stangenverkauf**

am Montag, den 18. Januar 1926, verkauft die Gemeinde nachstehende Stangen:

- Baustangen**
207 St. I. a, 141 St. I. b, 35 II, 6 III. Klasse;
 - Hagstangen**
47 I, 162 II, 61 III. Klasse;
 - Hopfenstangen**
176 I, 127 II. Klasse
- Zusammenkunft morgens 8 Uhr in Rentheim bei der Wirtschaft zum „Anker“.
Gemeinderat.

Altburg, den 14. Januar 1926.
Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir hiermit die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

Johannes Stoll
Schmiedmeister

heute Nachmittag nach schwerer Krankheit im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Samstag Mittag 1 Uhr.

Linoleum und Triolin
für Boden und Tischbelag
Teppiche // Läufer // Vorlagen
Vertretung d. größten Werke dieser Erzeugnisse

Emil G. Widmaier
Bahnhofstraße

Restaurant Schlanderer
Samstag und Sonntag
Mehel-Suppe

wozu höflichst einladet
Oskar Schlanderer.

Wahlwund
die a.berühmte Einreibung heilt Rheumatismus, Lähme, Steifheit, Gicht und Gliederweh bei Mensch und Tier.
Klosterlabor Alpirsbach W. Große Flasche M. 2.— u. 4.— in den Apotheken zu Calw, Teinach, Liebenthal.

Wer seine Hüner nicht monatelang nur für den Dünger halten, den höchsten Eierertrag sowie viele **Wimereier** erzielen will, der füttert das allgemein gelobte und jahrzehntelang bewährte Geflügel-erzeugnis u. Körnerkraut **Magut** sowie das allgemein gelobte, leicht verdauliche Hundelutter **Reform-Hundelutter**.
Zu haben bei:
Adolf Luz,
Futtermittel.

Eine junge **Ruh** sowie zwei kleinere **Lämmerchweine** hat zu verkaufen
Georg Kentschler
Zavestein.

Wegen Betriebsumstellung verkaufen wir unsere beiden bewährten, mittelgroßen **Ruhenpferde**
Kaufverhandlungen nur nachmittags zwischen 4 u. 5 Uhr (Werktag)
Sanatorium Schwarzwaldheim Schömberg.

Empfehle verschiedene Sorten
K A F F E E
das Pfd. von 3.20—4.50 Mk.
FR. LAMPARTER

Most-Rosinen
Malagatrauben empfiehlt
Otto Jung.
Haarpfängen
repariert
S. Obermatt, Friseur

Ein Regal mit 20 Fächern, sowie einen größeren **Luch** mit Schublade zu verkaufen.
Gustav Linkenheil
Badstr.

Gutmöbliertes Zimmer auf 1. Febr. zu vermieten
Witwe Hohnecker.

große Taubenschau
statt im Gasthaus z. Döfen
in Altburg. Mehrere Taubenfreunde.

Gewerbetreibende
wenden sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, wie: Briefbogen und Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. am besten an die
Tagblatt-Druckerei

Württemberg. Feuerversicherung AG. in Stuttgart
— Gegründet 1828 —
Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung.

Unser Bezirksvertreter, Herr Kaufmann Carl Reichert in Calw, hat sich in Rücksicht auf seine sonstige starke Inanspruchnahme zu unserem Bedauern genötigt gesehen, unsere Vertretung auf 1. April d. J. niederzulegen.
Unsere den Oberamtsbezirk Calw umfassende
Bezirksverwaltung Calw
ist daher auf den genannten Termin neu zu besetzen.
Angesehene, in Stadt und Bezirk bekannte Persönlichkeiten, die möglichst im Versicherungswesen bewandert sind, und die über die nötige Zeit und Kraft zur Führung der Bezirksverwaltungsgeschäfte verfügen, bitten wir, ausföhrliche, zunächst nur schriftliche Bewerbungen einzureichen an die Direktion der
Württembergischen Feuerversicherung AG. in Stuttgart, Johannesstr. 1B.

Cäcilienverein Calw.
Samstag, 16. Januar
Weihnachts- und Familien-Feier
mit Gabenverlo, ung
im „Badiſchen Ho,“
Beginn abends 7 Uhr. Die Mitglieder und Gönner des Vereins ladet freundlichst ein
der Ausfüh.

Ortsgruppe des Vereins v. Blauen Kreuz
Vorträge
von Bundessekretär Lange-Barmen im Vereinshaus.
Sonntag, 17. Jan. 8 Uhr für die Gemeinde
Dienstag, 19. Jan. 8 Uhr für die Jugend.
Herzliche Einladung.
Der Vorstand.

Wirt. Landesparkaffe, Stuttgart.
Zum Verwalter unserer Zweigstelle in **Unterreichenbach** wurde bestellt:
Herr Heinrich Wurster, Privatmann
Dieser vermittelt Einlagen und Rückzahlungen kostenfrei.

Schreiner-Innung.
Am Sonntag, den 17. ds., nachmittags 2 Uhr findet im Gasthaus z. „Löwen“ unsere 1/4-jährliche **Versammlung** statt, wozu ich die Mitglieder recht zahlreich einlade.
Der Vorstand.

Schützenverein Meistern
Am Sonntag, den 17. Januar, findet im „Waldhorn“ unsere **Weihnachts-Feier** mit Theater und Gabenverlo, ung statt.
Beginn 6 Uhr. Der Vorstand.

Bin unter der
Nr. 219
ans Telefon angeschlossen
Paul Heugle
Mezgermeister.

Einige tannene **Schlafzimmer** zu äußerst billigem Preis zu verkaufen.
Ferner werden nach Wunsch u. Zeichnung eichene Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer sowie Einzelmöbel, Tische und Stühle
—:— angefertigt —:—
Karl Heugle,
mech. Bau- und Möbelschreinerei.

Gestrickte Herrenwesten Sportwesten Mützen und WollschaaIs
Reicherl
Wer weife, wählt Wolle Calwer Fabrikat